

Zur Wahl Thüringen 2019: Ergebnis war voraussehbar, aber leider auch berechtigt - Indikatoren mit Ursachen waren bekannt. Was tat die Bundesregierung - besonders der letzten 11 Jahre - nichts. Wird auch weiter nichts tun. Hier liegen die eigentlichen Ursachen für das Wahlergebnis, aber auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Von Erfolg keinesfalls zu sprechen. Solange die Bundesregierung - viele Bürger der neu hinzugekommenen Bürger (1990) regelrecht leugnet (nicht ernst nimmt, keine Anerkennung erbrachter Leistung, in die Ecke als abgeschrieben (nur Ältere, denn den Jungen geht es überwiegend gut - teils zu gut (was zu erwarten war) - sieht man die Forderungen zur Umwelt und Lebensweise (teils zurecht, da letztlich nicht mehr von Regierungen zu sprechen ist - darin steckt regieren - nicht aber nur Verwalten, Schweigen und sich seiner Pflichten entziehen)), wird es keine anderen Ergebnisse geben.

Keinesfalls vertuschbar mit derzeit anstehbaren oder schon getätigten Geschenken (wie auch Grundrente, Erhöhung der Pendlerpauschale oder Bahnpreise 10% runter) - als Oberbegriff und dem Auftreten aktiv vor der Wahl direkt beim Bürger - der größte Schwindel gegenüber der Welt. Warum: Wurde über mehrere Jahre - sehr ausführlich **allen der Bundesregierung und dem BVerfG** bekanntgemacht. Rückinformationen lagen bei null. Was ebenso die Bundeskanzlerin einschließt.

In der Tat keine Lehren nach 1945 gezogen hat. Eine Verfassung rechtlich generell vorschiebt - aber eigene Arbeit, Umsetzungen, Veranlassungen und Prüfungen rechtswidrig und unbegründet herauszögert - der EU überlässt. Dafür gibt es aber **keine Rechtsgrundlage**.

Was die EU von seinen einzelnen Ländern fordert - Deutschland dem aber nicht folgt. Und keiner merkt es dort bzw. bringt es zur Sprache? Mit welchem Recht. Dorthin entsendete Abgeordnete (Vertreter) haben keine Generalvollmacht: Dürfen nur Verhandeln - deutsches Recht dem eines EU-Rechts - anzupassen. Mehr nicht - alles andere ist rechtlich Aufgabe von Deutschland. Und wer dort das Wort Quoten fordert ohne das überhaupt politische Grundlagen in Deutschland stehen - hat dort nichts zu suchen. Dortiger neuer EU-Kommissionspräsident - dann fehl am Platze.

Das BVerfG wacht über das Grundgesetz (GG). Nur dort liegen die Originale. Dort, als höchstes Organ - Recht gesprochen. Auch was die **Würde des Menschen** betrifft (derzeit missachtet und falsch ausgelegt). Wenn aber das GG wissentlich und bewusst - gegenüber seiner Bürger und Medien voll verletzt wird: Muss das BVerfG unabhängig aller gesetzlichen Vorgaben und Merkblättern an die Bundesregierung weiterleiten, aber auch selbst zur Gesetzeseinhaltung ermahnen. Was aber bisher nicht geschah. Rechtlich stände dann dortige Auflösung - untersetzt und begründet - dortiger Bürgerbegehren, die nicht in Arbeit gingen und im Allgemeinen Register (AR) verewigt.